Mittwoch, 12. September 1923. Einzelnummer 1500 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 206

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 35000.—
in den Ausgabestellen 36000.—
durch Zeitungsboten 37000.—
am Postamt . . . . . 35910.—
Postgebühren besonders
ins Ausland 45 000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 1500.— M. Reklameteil 4000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 1500.— p. M. „ Reklameteil 4000.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Alles wiederholt sich.

Die bekannte englische Zeitschrift „Nation" veröffentlicht einen Artikel des Historikers Wibsters, worin dieser ausführt, daß Frankreich, das seine Reparationsforderungen an Deutschland mit unerbittlicher Strenge geltend macht, auffallenderweise nie daran erinnert, wie es selber die Reparationen bezahlte, die ihm nach den napoleonischen Kriegen vom Wiener Kongreß im Jahre 1815 auferlegt worden wären. Damals sei die französische Kriegsschuld auf 1200 Millionen Francs festgesetzt worden. Es sei eine Schiedsgerichtskommission eingesetzt worden, die der heutigen Reparationskommission entspreche. Darin sei Frankreich durch einen Delegierten vertreten gewesen. Bei Stimmengleichheit sei durch das Los einer der Delegierten als Schiedsrichter eingesetzt worden. Frankreich habe sofort nach der Festsetzung der Schuld erklärt, daß diese seine Zahlungsfähigkeit übersteige. Der russische Zar habe darauf vorgeschlagen, den Herzog von Wellington mit dem Schiedsspruch zu beauftragen. Dieser Vorschlag sei genehmigt worden. Auf Antrag des Herzogs von Wellington sei die Schuld auf 240 Millionen Franks herabgesetzt worden. Nach anfänglichem Sträuben Preußens und Oesterreichs sei dieser Vorschlag gutgeheißen worden. England habe seine Bankiers ermutigt, eine Anleihe zugunsten Frankreichs aufzulegen, und diese Anleihe sei in der Tat vom englischen Bankhause Baring übernommen worden. Infolge neuer Schwierigkeiten sei die Schuld nochmals herabgesetzt und endgültig auf 140 Millionen Frcs. festgesetzt und die Zahlungsfristen verlängert worden. Auf dieser Grundlage sei die Bezahlung durch Vermittlung englischer und französischer Banken ziemlich rasch erfolgt. England habe damals Frankreich geholfen, obwohl es eigentlich selber noch schlechter gestanden habe als Frankreich. Seine Politiker seien damals jedoch der Ansicht gewesen, **daß der Friede Europas von der Mäßigung und von der Großmut der Koalition abgehangen habe.**

Der „Daily Chronicle" geht ausführlicher auf die Argumente Poincarés ein und findet, daß es gewiß sei, daß Deutschland sich bald einem anarchistischen Zustand Europas gegenüber befinden könnte und daß es gezwungen sein werde, seine Haltung zu ändern. Die Vergleiche, die Poincaré zwischen dem letzten Weltkrieg und 1870 gezogen habe, seien ganz unpassend. Der Weltkrieg habe sich auf weitaus breiterer Grundlage abgespielt, als der kleine französisch-preußische Konflikt von 1870. Seine wirtschaftlichen Folgen seien viel ausgedehnter und verheerender. Wenn der französische Premierminister wirklich historische Vergleiche herbeiholen wollte, so wäre er am besten inspiriert gewesen, wenn er die Großmut Europas gegenüber Frankreich nach den napoleonischen Kriegen angeführt hätte. Die gegenwärtigen Aufgaben seien aber nicht, an die Vergangenheit zu erinnern, sondern der Zukunft entgegenzusehen. In den letzten Wochen sei Europa mit Noten und Reden geradezu überschwemmt worden. Es dürfe nicht geschehen, daß die künftige Generation sagen könnte, die alliierten Staatsmänner hätten tatenlos dabei gestanden, als Europa in Flammen gestanden hätte.

*

Damals und jetzt.

Herr Poincaré hat am Sonntag wieder einmal eine Rede gehalten. Das geschah in Damvillers, wo ein Kriegerdenkmal eingeweiht wurde. In dieser Rede sagte der französische Ministerpräsident unter anderm:

„Es sind nun vier Jahre vergangen, seitdem der Friede unterzeichnet wurde, und wir warten immer noch darauf, daß sich Deutschland seiner Schuld entledigt. Durch seine Ausflüchte als schlechter Schuldner hat Deutschland nicht nur uns gezwungen, selber Pfänder zu ergreifen, sondern die Haltung, die es nach unserem Einmarsch in das Ruhrgebiet einnahm, ist für seine eigenen Interessen verhängnisvoll geworden. Statt uns in loyaler Weise die Lieferungen anzubieten, die es in der Lage wäre zu leisten, und sich etwa mit uns zu verständigen, wie wir es versuchten und die Lieferungen sicherzustellen, hat Deutschland wahnsinnige Summen zu dem Zwecke ausgegeben, um einen Widerstand zu organisieren, der, wie man in Deutschland glaubte, uns entmutigen sollte. In Wirklichkeit aber haben wir diesen Widerstand beseitigt, und nunmehr beginnt das Reich selber zusammenzustürzen. Der deutsche Wirtschaftsminister Dr. v. Raumer stieß vor einigen Tagen in einer Kommission des Reichsrates einen Warnungsruf aus. Wir spielen, so sagte er, unsere letzte Karte aus. Er führte aus, daß sich seit der Ruhrbesetzung die Mark um 1500 Proz. verschlechtert hat und er war gezwungen anzuerkennen, daß die ungeheure Zunahme der Inflation mit den ungeheuren Summen zusammenhängt, die von dem sogenannten Ruhrkampf verschlungen wurden. Diesen Kampf haben aber nicht wir geführt. Deutschland hat ihn begonnen, und es hat ihn verloren. Wenn Dr. v. Raumer und der deutsche Finanzminister Dr. Hilferding erklären, daß Deutschland nur nach Beendigung des Kampfes im Ruhrgebiet finanziell gesunden könne, so kann man ihnen darauf antworten, daß die Gesundung Deutschlands in ihren eigenen Händen liege. Man braucht nur darauf zu verzichten, Milliarden in das Ruhrgebiet zu werfen und die Arbeiter zum Nichtstun zu ermächtigen. Man braucht der Bevölkerung nur freie Hand zu lassen, ihren eigenen Wünschen zu folgen, denn diese Bevölkerung will nichts anderes, als arbeiten und sich mit uns verständigen (?), um die Lieferungen zu ermöglichen, die man uns schuldet."

Eine französische Kritik an Poincaré.

„Poincaré will die Deutschen zur vollständigen Zahlung der ihnen in Versailles zudiktierten Reparationen zwingen, sagt „Le Cablogramme", — und offenbar will er lieber selbst dabei verbraucht werden, als sein Programm auch nur im geringsten ändern. Es fragt sich nun, ob Frankreich ihm in diesem ungewissen Unternehmen bis ans Ende folgen wird. Der Erfolg hängt ab entweder von der Unterwerfung Deutschlands, die zweifelhaft ist, oder von einer Verständigung mit Deutschland, von der Lord Rothermere für sein Land (?) nichts wissen will und auch die Leiter Frankreichs allem Anschein nach niemals etwas werden wissen wollen. Poincaré will die Politik Englands nicht verstehen. Er nimmt England gegenüber eine Advokatenstellung ein; er beruft sich auf Akten, die ihm für seine Partei günstig zu sein scheinen. Die englischen Staatsmänner haben sich aber niemals durch bloße Worte in Verlegenheit setzen lassen. Sie sehen immer nur die Realität der Dinge und das Interesse ihrer Nation. Dieses Interesse verfolgen sie, wenn es sich so macht, durch Abkommen und Verträge, aber sie lassen sich durch diese nicht hypnotisieren. Sie lassen sich von ihrem klaren Verstand leiten, unbehindert durch ideale und sentimentale Rücksichten. Gestern war für sie das Gebot, Deutschland zu vernichten, und sie haben es getan. Heute ist es für England nützlich, Deutschland wieder aufzurichten, und sie werden es, soweit sie können, tun. Dagegen nützen alle Appelle an Freundschaft und Bündnis nichts. Das ist immer das Verhalten Englands gewesen, und so ist es groß geworden. Man wird die Entente nicht zerbrechen, man wird gar nichts tun. Die Zeit arbeitet für die Engländer. Nach und nach werden Ereignisse eintreten, welche eine Änderung hervorbringen und begünstigen. Und ist diese Änderung, dieses Abgleiten nicht bereits eingetreten? . . . . Es werden neue Männer und Fragen auftauchen inmitten von Ereignissen und Sorgen, die vielleicht mit den Sorgen an sich nichts zu tun haben. So manches kann man ja schon voraussehen: Die Rückkehr Rußlands auf die Weltbühne, die italienisch-südslawischen Streitfragen, die Regelung der Wilna-Frage, der griechisch-türkische Gegensatz, die innere Lage Spaniens und so manches andere in Europa und außerhalb, was dann noch ernster ist . . . **Dann wird man sich wundern, daß um den Vertrag von Versailles so viel Tinte geflossen ist,** und wahrscheinlich wird dann die Lösung, welche die Ereignisse dem Foreign Office, dem Quai d'Orsay und der Wilhelmstraße zum Trotz schaffen werden, von dem, was in Versailles geschaffen worden ist, recht verschieden sein."

Das „reiche Deutschland".

Einen kleinen Begriff davon, wie die Behauptung Poincarés zu bewerten ist, daß Deutschland in Reichtum und Wohlleben schwimme, während die Franzosen zu den empfindlichsten Einschränkungen in der Lebenshaltung und erhöhter Sparsamkeit genötigt seien, gibt die Tatsache, daß man jetzt in Frankreich den Abbau des großen Pariser Viehmarktes ins Auge faßt, da der Auftrieb einen Umfang angenommen hat, der nicht mehr zu bewältigen ist. Der Viehmarkt findet im Vorort La Vilette zweimal wöchentlich statt, und er bringt durchschnittlich einen Auftrieb von 25 000 Rindern, Schafen und Schweinen, also insgesamt wöchentlich durchschnittlich 50 000 Haupt Vieh. Er hat aber wiederholt, und zwar auch in letzter Zeit, an einem Markttage die Ziffer von 40 000, also 80 000 in der Woche, überschritten. Unabhängig davon ist das Fleisch in Paris verhältnismäßig doch teuer, da der Zwischenhandel und die Kommissionäre, die in wenigen Jahren schwerreiche Leute werden und die zuweilen an einem einzigen Stück nachweislich bis 2000 Prozent profitieren, zu hohe Verdienste, zum Schaden der gesamten Bevölkerung, einstreichen. Mit den Pariser Ziffern möge das unvoreingenommene Ausland einmal den Auftrieb des Berliner Viehmarktes vergleichen, der beispielsweise in der letzten Woche betragen hat: 3697 Rinder, 1171 Ochsen, 1907 Kälber, 6814 Schafe, 2303 Schweine und 76 Ziegen. Dennoch soll Deutschland nach wie vor seinen Viehbestand durch weitere Reparationserpressungen vermindern, wenn es nach dem Wunsche des Herrn Poincaré geht.

Der kommende polnische Dollar.

Die Lodzer „Republika" veröffentlicht eine Unterredung mit dem künftigen Finanzberater Polens, Hilton Young. Die Tätigkeit des englischen Finanzberaters ist mit dem allgemeinen Bestreben der Sanierung der polnischen Valuta verbunden und in einige Etappen eingeteilt: 1. Genaue Einsicht in das Wesen des polnischen Haushalts. Von dem Ergebnis dieser Einsicht wird die weitere Aktion des englischen Beraters abhängen. Diese weitere Tätigkeit ist nur dann möglich, wenn es sich zeigen wird, daß man Haushaltsreformen einführen kann, die eine wirtschaftliche Sanierung ermöglichen. Wenn das Ergebnis der Untersuchungen günstig sein wird, sollen Verhandlungen über Gründung einer polnischen Emissionsbank unter Beteiligung englischen und amerikanischen Kapitals aufgenommen werden. Höchstwahrscheinlich wird das Kapital der Bank 100 Millionen Dollar erreichen, was eine Emission von 200 Millionen polnischen Dollars gestatten wird. Diese Summe wird die Finanzbedürfnisse Polens vollständig decken. Zu diesem Zwecke werden schon jetzt weitgehende Vorbereitungen getroffen. 3. Der Finanzberater wird eine besondere Fürsorge für die polnische Finanzwirtschaft in der Übergangsperiode entfalten. Englische Finanzkreise sind der Meinung, daß der Übergang zur Goldvaluta in Polen mit einer großen wirtschaftlichen und sozialen Krise verbunden sein wird. Die Bedingung dafür, daß diese Krise glücklich überstanden wird, ist die, daß Polen einen Sanierungskredit zu einem sehr niedrigen Zinssatz erhält. Die Engländer vertrauen auf die wirtschaftlichen Fähigkeiten Polens und sind dessen gewiß, daß die polnische Industrie die Krise aushalten wird. — Was den Münzvertrag betrifft, so ist diese Frage noch nicht in ein konkretes Stadium getreten. Von seiten englischer Banken wird vorgeschlagen, die polnischen Banknoten so abzustempeln, daß 1000 polnische Altmark die Bezeichnung einer halben Neumark, 10 000 Altmark die Bezeichnung von 5 Neumark, 50 000 Altmark die Bezeichnung von 25 Neumark tragen. Die übrigen Banknoten werden entsprechend ausgewechselt, wobei Münzen zu 1, 2, 3, 5 und 10 Neumark geprägt werden sollen. 200 Neumark werden den Namen eines **polnischen Dollars** tragen. Das gegenwärtige Papiergeld soll allmählich annulliert werden. Über den Wert von 10 Neumark hinaus werden Banknoten zu einem Viertel-, einem Halb-Polendollar und weiter aufwärts emittiert. Dieser Plan soll der polnischen Regierung vorgelegt werden. Eine besondere Fürsorge wird man der Textilindustrie (als Rohstoffe einführend) und der Bergwerksindustrie (als großzügig exportierend) angedeihen lassen.

Vor der Schaffung einer neuen Währung in Deutschland.

Am Sonnabend wurden im Berliner Finanzministerium Beratungen abgehalten, die zur Aufstellung eines Entwurfes für die neue Währungsbank führten. Die Grundlage der Goldnotenemission soll in Verpflichtungen beruhen, die den Erwerbsständen so weit als möglich in dinglicher Form auferlegt werden, und zwar in folgender Weise: die Hälfte der aufzubringenden Garantien wird der Landwirtschaft auferlegt in Form einer hypothekarischen Belastung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes, die sich an den Wehrbeitrag anlehnt. Bei der Industrie soll die Verteilung der Garantien durch die Spitzenverbände erfolgen. Soweit es möglich ist, sollen dafür gleichfalls hypothekarische Unterlagen geschaffen werden. Soweit es nicht möglich ist, also bei Nichtvorhandensein von Grundbesitz, sollen die Bürgschaftsverpflichtungen in die Form von Schuldverschreibungen gekleidet werden. Es soll außerdem Vorsorge getroffen werden, daß in Form von Devisen oder sonstigen Goldwerten der Währungsbank auch ein Münzfonds zur Verfügung gestellt wird. Auf Grund der vorstehend geschilderten Sicherheiten sollen alsdann Rentenbriefe ausgegeben werden, die ihrerseits wieder die Grundlage für die auszugebenden Goldnoten zu bilden haben, und zwar derart, daß eine Einlösung der Goldnoten, die auf einen bestimmten Betrag Feingold lauten, in Rentenbriefen vorgesehen ist. Dem Reiche soll von der Währungsbank ein größeres Darlehen gewährt werden, das zum Teil zur Einlösung von Papiermarkschatzanweisungen, zum Teil zur Finanzierung des weiteren Reichsbedarfs Verwendung zu finden hätte. Dieses Darlehn soll auf einen bestimmten Betrag begrenzt werden und darüber hinaus nicht erhöht werden dürfen. Auch die Reichsbank soll an der neuen Währungsbank beteiligt werden, und zwar durch Übergabe eines Fonds von Rentenbriefen; überhaupt soll insofern ein Zusammenarbeiten der Währungsbank und der Reichsbank stattfinden, als das Filialennetz der Reichsbank für die Zwecke der Währungsbank zur Verfügung gestellt wird. Diese Grundzüge der Währungsreform dürften im Anfang der nächsten Woche dem Reichskabinett vorgelegt werden, das alsdann die endgültigen Beschlüsse fassen wird. — Eine Roggenwährungsbank soll das Recht erhalten, Roggenrentenbriefe und Roggennoten, d. h. Anweisung auf ein bestimmtes Quantum Roggen, auszugeben. Diese Roggennoten sollen die Erfassung der Ernte ermöglichen; sie werden dem Landwirt ein wertbeständiges Zahlungsmittel für seine Erntevorräte in die Hand geben und sie werden darüber hinaus die allmähliche Aufsaugung der Papiermark zu verhältnismäßig günstigen Bedingungen gestatten. Diese Bedingungen, d. h. eine feste Relation zwischen Roggennote und Papiermark, werden gleichfalls gesetzlich festgelegt werden. Daß sie verhältnismäßig günstig ausfallen können, ergibt sich aus der Tatsache, daß trotz der ungeheuerlichen Inflation bei der noch ungeheuerlicheren Entwertung der Mark der gesamte Notenumlauf schätzungsweise den Wert von 200 Millionen Goldmark kaum übersteigt, vermutlich noch nicht einmal erreicht.

„Mark" oder „Taler"?

Es wird erwogen, ob es nicht zweckmäßig sei, der neuen Goldwährung auch einen neuen Namen zu geben und die Bezeichnung „Mark" fallen zu lassen. Man rechnet nämlich mit der Möglichkeit, daß das Nebeneinanderbestehen der beiden Werte „Goldmark" und „Papiermark" in Handelskreisen Verwirrung stiften könnte. Vorgeschlagen wurde unter anderem auch die Bezeichnung „Taler". Beschlüsse wurden in dieser Frage noch nicht gefaßt.

Die Wilnaer Frage.

Die Wilnaer Frage ist durch einen litauischen Antrag, der die Wiederaufnahme der Wilnaer Frage und die Überweisung an die Rechtskommission des Völkerbundes fordert, wieder aufgerollt worden. In der letzten Sitzung der Rechtskommission schlug Motta vor, ein Juristenkomitee zu bilden, das sich mit dieser Frage näher befassen soll. Der Vorschlag wurde angenommen und dann die Wahl des Komitees vollzogen. Zum Komitee gehören: Adacci (Japan), Alwares (Chile), Barthelemy (Belgien), Scialoja (Italien) und Politis (Griechenland).

Professor Winiarski erklärte im Namen Polens, daß die vom litauischen Delegierten aufs Tapet gebrachte Frage die polnische Regierung nicht interessiere. Der polnisch-litauische Konflikt, der die Anbahnung normaler Beziehungen zwischen Polen und Litauen lange genug gehindert habe, sei durch die Entscheidung des Botschafterrates endgültig erledigt und habe heute nur noch historische Bedeutung.

Sidikauskas erklärte, daß Litauen den Konflikt nicht als beigelegt ansehe, da es die Kompetenzen der Botschafterkonferenz in dieser Frage negiere.

Vor neuen Erdbeben in Japan?

In Japan ist man außerordentlich beunruhigt darüber, daß der Heilige Berg des Landes, der Fujiyama, der berühmte Vulkan, der seit dem Erdbeben in einem Wolkenmeer verschwunden war, jetzt, nachdem das Wetter klar geworden ist, in völlig veränderter Gestalt wieder sichtbar geworden. Dieses Schicksal des Heiligen Berges, sowie die Tatsache, daß eine Insel in der Nähe von Yokohama, auf der sich ein kleiner Vulkan befindet, nach dem Erdbeben zunächst verschwunden war, aber jetzt wieder aufgetaucht ist, während der Vulkan sich in heftiger Tätigkeit befindet, lassen darauf schließen, daß die neue Bildung der Erdoberfläche an der japanischen Küste noch nicht beendet ist.

An der amerikanischen Pacificküste sind am Sonnabend in einem starken Sturm zahlreiche Schiffe gescheitert und es wurden von dem Seismographen andauernde leichte Beben im japanischen Zentrum verzeichnet.

Republik Polen.

Der Ministerpräsident in Lemberg.

Ministerpräsident Witos besuchte am Sonntag in Begleitung des Agrarreformministers Osiecki die Lemberger Ostmesse. Längere Zeit hielt er sich im Pavillon der oberschlesischen Industrie und im Pavillon der Landwirtschaft auf. Er stattete u. a. auch der österreichischen, französischen und tschechischen Sektion einen Besuch ab. Am Abend kehrte der Ministerpräsident nach Warschau zurück.

Danziger Gäste in Lemberg.

Am Montag ist in Lemberg eine Danziger Delegation eingetroffen, die sich aus Vertretern des Senats, des Hafenrates und der Handelskammer zusammensetzt. Auf dem Bahnhofe wurden die Gäste von Vertretern der Wojewodschaft, der Stadtverwaltung und der Messeleitung begrüßt. Der Syndikus der Danziger Handelskammer, Dr. Heimann, äußerte bei der Begrüßung die Hoffnung, daß die auf der Messe angeknüpften Beziehungen sich in nächster Zukunft intensiv weiter entwickeln werden. Daß die Danziger Werftleitung beschlossen habe, für die künftigen Messen einen Pavillon zu bauen, könne als Maßstab für den Erfolg der Ostmessen dienen.

In der Lemberger Handels- und Industriekammer fand am Abend nach dem Besuch der Messe eine Konferenz statt, an der die Danziger Delegierten und Vertreter der Lemberger Industrie- und Handelskreise teilnahmen. Es wurden Referate u. a. von Dr. Heimann, ferner dem Vorsitzenden des Danziger Hafenrates, de Reygner, und dem Direktor der Lemberger Handels- und Industriekammer Dr. Tenner, gehalten.

Ein Vergleich zwischen Polen und Danzig.

Der in Genf unter Vermittelung des Danziger Völkerbundkommissars zwischen Danzig und Polen zustande gekommene Vergleich bestimmt zur Frage des Hafenrates, daß dieser sowohl Danzig wie Polen gegenüber unabhängig sein soll; seine polizeilichen Verfügungen sollen auf dem gesamten Gebiete des Freistaates rechtgültig sein. Der Rat erhält vom Danziger Senat ein dem Rate allein untergeordnetes ständiges Polizeikorps. Polnische Staatsangehörige erhalten das Vorrecht für die Besetzung von Beamtenposten im Hafenrat, bis sie die Hälfte der Beamtenposten besetzt haben, worauf das erreichte Gleichgewicht aufrechtzuerhalten ist. Der Zolldienst soll in Danzig von der polnischen Zentral-Zollverwaltung durch ihre verantwortlichen Danziger Beamten versehen werden. In der Frage der Rechte der polnischen Staatsangehörigen in Danzig konnte nur ein provisorischer Vergleich erzielt werden, wonach polnischen Staatsangehörigen gegenüber keine Beschränkungen angewandt werden und neue Vorschriften in dieser Hinsicht nur nach Verständigung mit dem polnischen Generalkommissar unter Vermittelung des Völkerbundkommissars erlassen werden sollen. Zur Eröffnung einer polnischen Handelsakademie in Danzig ist die grundsätzliche Zustimmung erteilt worden.

Eine polnische Note an die Ukraine.

Der polnische Geschäftsträger in Charkow Szarota überreichte dem ukrainischen Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten eine Einspruchsnote gegen die Schikanen, die die politischen Gefangenen erdulden müssen, die für den Austausch mit Polen vorgesehen sind. Die Note besagt, daß die ukrainischen Behörden nicht nur ihre Versprechungen nicht eingehalten haben, sondern daß sie die Behandlung der polnischen Gefangenen noch verschlechtert hätten. Diese dürfen die täglichen Spaziergänge nicht mehr unternehmen und werden in Einzelhaft gehalten. Die Note protestiert gegen eine solche Behandlung der Gefangenen, die doch kurz vor dem Austausch besser gehalten werden sollten.

Beileidsbezeigungen für Japan.

Außenminister Seyda hat an dem polnischen Gesandten in Tokio den Auftrag gegeben, der japanischen Regierung im Namen der polnischen Regierung anläßlich der Katastrophe in Japan zu kondolieren.

Der Staatspräsident hat an den Kaiser von Japan folgendes Telegramm gesandt: „Tief ergriffen von der furchtbaren Katastrophe bitte ich Eure Kaiserliche Hoheit, von mir und dem polnischen Volke die aufrichtigsten Ausdrücke des Mitgefühls und der tiefsten Sympathie entgegennehmen zu wollen. (—) Wojciechowski."

Abreise nach Genf.

Finanzminister Kucharski, Minister Plucinski und Oberreferent Barański sind am Montag nach Genf gereist, wo sie an den Verhandlungen über die Danziger Währung teilnehmen werden.

Die Besoldung der Staats- und Militärfunktionäre.

Am Montag vormittag fand eine Sitzung der Senats-Unterkommission für Finanz- und Haushaltsfragen statt. Erörtert wurde der Gesetzentwurf über die Besoldung der Staats- und Militärfunktionäre. Nach Aussprache wurden die ersten drei Artikel des Entwurfes mit kleinen sozialistischen Änderungen angenommen. Mit Rücksicht auf die Krankheit des Referenten, Senators Buzek, fand die Sitzung in dessen Privatwohnung statt.

Mitteilungen des Teuerungskommissars.

Der Teuerungskommissar Bajda hat einem Vertreter der „Agencja Wschodnia" eine Reihe von Informationen über die Ziele und das Gebiet der nächsten Tätigkeit des außerordentlichen Teuerungskommissariats erteilt. Der Kommissar will die gegenwärtige Konjunktur auf dem Getreidemarkt ausnutzen, um den Brotpreis herabzudrücken. Dabei geht er von dem Grundsatz aus, daß der Brotpreis ein wichtiger Faktor bei der Gestaltung der allgemeinen Teuerungsskala ist. Auf die Müllerindustrie und die Bäcker soll ein Druck ausgeübt werden. Dem Hauptlebensmittelamt in Posen ist die Versorgung der Städte, Kooperativen usw. durch Ankauf von Getreide aus den ihm vom Staate gewährten Krediten übertragen worden. Das Amt soll später eine Getreidereserve schaffen. Die Höhe dieser Reserve hat der Wirtschaftsausschuß des Ministerrates auf 3000 Waggons veranschlagt. Die bisherigen Vorräte des Amtes betragen 570 Waggons, sollen aber für laufende Bedürfnisse Verwendung finden. Den Kredit von 300 Milliarden, der in verschiedenen Blättern erwähnt wurde, hat das Amt erst am 5. September erhalten. — In der nächsten Zeit wird das außerordentliche Kommissariat eine Prüfung der Kalkulationsbedingungen in der Leder-, Textil- und Eisenindustrie vornehmen.

Von den Vertretern der Industrie des Dąbrowoer Kohlenbeckens hat der Teuerungskommissar 800 Waggons Kohle monatlich zu seiner Verfügung erhalten. Er erwartet auch ein größeres Kontingent von den oberschlesischen Kohlenindustriellen. Eine Erhöhung der Kohlenpreise dürfte gegenwärtig nicht zu erwarten sein, da das Kommissariat eine Herabsetzung der bisherigen Kalkulationen auch in der Kohlenindustrie anstrebt.

In seinen weiteren Tätigkeitsplänen will der Kommissar den gesetzgebenden Körperschaften Gesetzentwürfe über die Kontrolle der Produktionskosten und die Einführung besonderer Standgericht zur Bekämpfung des Wuchers vorlegen. Bis zur Entscheidung der letzten Frage wird der Kommissar eine schnellere und intensivere Erledigung von Wucherangelegenheiten durch die Gerichte erstreben. Das Kommissariat wird die Schaffung von Bürgerausschüssen zur Bekämpfung der Teuerung beschleunigen und ihre Tätigkeit der projektierten Sondergerichtsbarkeit koordinieren.

Die Ausfuhr von Lebensmitteln macht der Kommissar von der völligen Sättigung des Inlandsmarktes mit den für die Ausfuhr vorgesehenen Artikeln abhängig. Die Ausfuhr von Zucker ist bis zur endgültigen Normierung der Marktbedingungen eingestellt worden. Die Hauptaufgabe des Kommissariats besteht darin, die Bevölkerung im Kampf mit der Spekulation durch Verringerung der Produktionskosten zu unterstützen, und den Zwischenhandel, soweit er überflüssig ist, auszurotten. Der Kommissar hält jede Etatisierung des Wirtschaftslebens für völlig ausgeschlossen.

Der künftige Wojewode von Schlesien.

Polnische Blätter melden: Der schlesische Wojewode Schultis hat einen Urlaub angetreten, nach dessen Ablauf er seinen Posten wahrscheinlich nicht wieder antreten wird. Als sein Nachfolger wird Dr. Wachowiak genannt, der, wie vor kurzem gemeldet wurde, den Vorsitz in der Sejmfraktion der Nationalen Arbeiterpartei niedergelegt hat und voraussichtlich demnächst auch auf sein Abgeordnetenmandat verzichten wird. Die Kandidatur Wachowiaks soll von Korfanty und vom Ministerpräsidenten Witos stark unterstützt werden.

Mit den Aenderungen im Vorstand der Nationalen Arbeiterpartei

und den Gründen, die Herrn Dr. Wachowiak veranlaßten, den Vorsitz in der Sejmfraktion dieser Partei niederzulegen, beschäftigt sich der jetzt in Posen erscheinende „Wiarus Polski" im Leitaufsatz seiner Sonntagsnummer. Er schreibt:

„Es muß hervorgehoben werden, daß der Ursprung für die Demission Dr. Wachowiaks in dem vor drei Wochen abgehaltenen Wojewodschafts-Kongreß der Nationalen Arbeiterpartei in Posen zu suchen ist. Die politische Richtung Dr. Wachowiaks ist allgemein bekannt. Er steht auf dem Standpunkte, auf dem die nationale Arbeiterbewegung Jahrzehnte hindurch im In- und Auslande, besonders im Westen Deutschlands, stand, wuchs und sich entwickelte. In Fragen von geringerer Bedeutung kann es verschiedene Meinungen und Anschauungen geben. Ganz in der Ordnung. Aber in großen Fragen von allgemeiner Bedeutung darf die nationale Arbeiterbewegung nicht die nationale Grundlage und die Grundlage der Liebe und Anhänglichkeit zur katholischen Kirche verlassen. In dieser Beziehung muß sie sich von sozialistischen Strömungen unterscheiden, — von kommunistischen, umstürzlerischen Bestrebungen und anderen staatsfeindlichen Richtungen abgesehen. Hier muß zwischen der national organisierten Arbeiterbewegung und solchen Strömungen und Bestrebungen die Grenze gezogen werden. Kompromisse darf es in dieser Hinsicht nicht geben. Auf diesem Standpunkte stand und steht die Polnische Berufsvereinigung (Z. Z. P.) mit ihrem verdienten Vorsitzenden Dr. Mańkowski. Auf demselben Standpunkt stand im Sejmklub der Nationalen Arbeiterpartei der Abg. Dr. Wachowiak. Unter diesem Banner hat er die Partei geführt und sich im Sejmklub für seine politische Richtung ein Vertrauensvotum erworben. Dieselbe Meinung vertrat er auf dem Kongreß des Verbandes der Land- und Forstarbeiter des Z. Z. P. in Posen, ferner auf dem Teilgebietslandtag des Z. Z. P., der ebenfalls in Posen abgehalten wurde, dann auf der Tagung der Nationalen Arbeiterpartei in Pommerellen und in Kattowitz. Überall stieß seine politische Richtung auf lebhafte Sympathien, überall wurde ihm volles Vertrauen ausgedrückt. Leider kam es auf dem Wojewodschaftskongreß der Delegierten der Nationalen Arbeiterpartei in Posen zu bedauernswerten Zusammenstößen, die wir hier nicht weiter analysieren wollen und am liebsten heute mit Stillschweigen übergehen möchten. In diesen Zusammenstößen sind eben die Gründe für den Rücktritt Dr. Wachowiaks zu suchen. Wir können hier nicht das Verhalten des Vorsitzenden des Obersten Rates, Abg. Chądzyński, übergehen, der es als kollegial und loyal ansah, gegenüber den Angriffen, die auf dem Kongreß gegen Dr. Wachowiak unternommen wurden, den Standpunkt rätselhaften, geheimnisvollen Schweigens einzunehmen. Eine merk- und denkwürdige Kollegialität, Loyalität und Solidarität! Wenn wir von den Arbeitern Solidarität verlangen, dann müssen wir sie um so mehr von den Mitgliedern des Sejmklubs verlangen, die die Pflicht haben, nicht nur über die Solidarität der breiten Arbeiterschichten zu wachen, sondern auch über die Solidarität untereinander, im Klub sowie außerhalb des Klubs. Überall muß stets ein gutes Beispiel gegeben werden. Es ist uns sehr unangenehm, daß wir einige Worte der Wahrheit an den Abg. Chądzyński sagen mußten. Unabhängig davon wird die Nationale Arbeiterpartei bald vor die Wahl eines neuen Vorsitzenden gestellt sein. Wir wollen den Klubmitgliedern in keiner Weise nahetreten und sind weit davon entfernt, irgend welche Vorwürfe zu erheben. Darüber müssen wir uns aber alle klar sein, daß der Vorsitzende des Klubs eine starke Persönlichkeit sein muß, die politisch arbeitet und politisch zu arbeiten versteht. Das können sogar die politischen Gegner Herrn Dr. Wachowiak nicht absprechen. Die Nationale Arbeiterpartei braucht um so mehr eine starke Persönlichkeit als Vorsitzenden, weil sie zahlenmäßig schwach ist, — hauptsächlich deshalb, weil in Kongreßpolen und Galizien der Wahlerfolg sehr gering war. Ein zahlenmäßig schwacher Klub muß in politischer Beziehung um so verständiger und geschickter geführt werden. In der Politik sind große Gesten und rauschende Phrasen nötig. In politischen Fragen muß das Herz dafür warm sein, der Kopf muß kühl und nüchtern sein und real denken und arbeiten. Deshalb wird die Ersetzung Dr. Wachowiaks nicht so leicht sein. Sein Rücktritt bedeutet zweifellos einen großen politischen Verlust für die Nationale Arbeiterpartei. Im Sejm, in den Sejmausschüssen, bei verschiedenen Konferenzen und Verhandlungen mit der Regierung ist ein Führer mit weitem Gesichtskreis nötig. Wir sind weit davon entfernt, Hymnen auf Dr. Wachowiak anzustimmen; er braucht sie nicht, denn seine ehrliche und aufrichtige, gewissenhafte und dabei großzügige Arbeit für die Arbeiterfrage spricht für sich selbst. Aus allen diesen Gründen sind wir überzeugt, daß der Rücktritt Dr. Wachowiaks vom Klubvorsitz der Nationalen Arbeiterpartei ein großer politischer Verlust für den Klub, für die Arbeiterbewegung, für die im Sejm sich abspielenden politischen Angelegenheit und für die allgemeine nationale und die Staatsfrage ist."

Die politische Lage in Deutschland.

Der Berliner Betriebsrätekongreß.

Der vom Minister des Innern Severing verbotene Betriebsrätekongreß für Berlin und Brandenburg hat trotz des Verbotes in Velten (Kreis Osthavelland) getagt. Es waren etwa 500 Delegierte aus Berlin und aus der Provinz erschienen, darunter Vertreter der meisten Großbetriebe und eine ganze Reihe von Vertretern des Kleinhandels. Es wurde ein Provinzialausschuß gebildet, der für die Durchführung der einstimmig angenommenen Beschlüsse sorgen soll. Als der Kongreß gerade geschlossen worden war, kamen Schupoverstärkungen von Berlin, um ihn aufzulösen. Zu irgend welchen Zusammenstößen in Velten ist es nicht gekommen. Dagegen mußte ein Demonstrationszug, der von den Veltener Kommunisten zu Ehren des „Kongresses" veranstaltet war, von der Polizei mit Gewalt aufgelöst werden.

In der Begründung des Verbots des Betriebsrätekongresses Berlin-Brandenburg, der also doch in Velten stattgefunden hat, wird amtlich dargelegt, daß der preußische Minister

Der Erbe.

Von Wilhelmine Fleck. (A. L. Lindner.)

(14. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Ja, der Tisch war so klein und das Haus so groß und leer. Nicht einmal jemand zum Anknurren war mehr da. Als er ein paar Wochen geradezu darunter gelitten hatte, kam ihm ein verwegener Einfall. Warum sollte er so einsam weiterwursteln? War er nicht noch frisch und rüstig, ein strammer Kerl trotz seiner sechzig Jahre? Warum sollte er einsam bleiben? Es gab manches Mädchen, das bereitwillig genug Frau Utermöhl werden würde, er kannte mehr als eine Tür, an die er klopfen durfte. Dann hätte er Gesellschaft und Pflege für seine alten Tage; wer weiß, vielleicht würden sogar die Utermöhls auf Klenzow nicht aussterben. Eine Zeitlang kokettierte er allen Ernstes mit dem Gedanken, aber was das Hirn ausgeklügelt hatte, fand doch keinen Widerhall in Herz und Sinn. Und Bedenken kamen. Gesetzt, man geriet an diese Unrichtige und könnte sie danach nicht wieder loswerden? Wie sagte doch das Lied vom alten Mann, der ein junges Weib nahm?

„Ich hatt' sie kaum drei Tage,
Ti — ta — ge,
Da hat's mich schon gereut."

Nein, auf Freiersfüßen zu wandeln, war doch ein bedenkliches Unterfangen.

So gab er sich denn in seine Einsamkeit, aber mit der Zeit lenkte sie ihm den Sinn in wunderliche, weichmütige Bahnen. Allerlei lange Vergessenes oder mit Gewalt Niedergehaltenes tauchte empor, folgte ihm am Tage oder schritt bei Nacht durch sein Träumen. Einmal erwachte er, weil ihm war, als sagte jemand dicht an seinem Ohr:

„Herr Utermöhl, es ist ein Junge."

Ja, ja, das war ein Ereignis gewesen, damals. Wer's nicht erlebt hat, ahnt nicht, was es heißen soll, Vater eines Sohnes zu sein. Beinahe wie eine Art irdischer Unsterblichkeit. Er hatte sich auch nicht wenig gewußt mit seiner neuen Würde. Da, wo jetzt der Geldschrank stand, hatte die Wiege ihren Platz gehabt, und oftmals, wenn er vom Felde kam, war er hereingeschlichen, um seinen Schatz zu besehen, schmunzelnd daß der Junge ihm so ähnlich sei. „Kuck, Berting, gerad' so'n Dickkopf wie ich. Der Bengel wird mal fest auf seinen Beinen stehen und sich die Butter nicht vom Brot nehmen lassen."

Seine Frau hatte ein bißchen dazu geseufzt. „Du lieber Gott, zwei solche Eisenschädel im Haus?"

„Oh, meiner ist aber der härteste. Daß er gegen mich aufmucken sollte, wollte ich ihm denn doch nicht raten," hatte er lachend hinzugesetzt, im sicheren Gefühl seiner väterlichen und sonstigen Überlegenheit.

Ja, war sein Kopf wirklich der härteste gewesen?

Schließlich war's ja wohl der Junge gewesen, der seinen Willen durchgesetzt hatte. Lieber vor die Hunde gehen als nachgeben, soweit hätte selbst er — Christoph Utermöhl — es am Ende nicht getrieben. Seinen Meister im Eigensinn gefunden zu haben in dem kleinen Schlingel, den er einst, wenn's nottat, über's Knie gelegt hatte — Donnerwetter nochmal! Aber wer im Trotz gegangen war, der mochte nun auch draußen bleiben. Er würde keine Hand rühren, ihn zurückzubringen. So zwischen Arbeiten und Grollen, guten und bösen Erinnerungen verging das erste Jahr seiner Einsamkeit. Dann wurde im schlesischen Pfarrhause das erste Kind — ein Mädel — geboren. Also Großvater war man jetzt! Das Wort hatte einen schnurrigen, nicht so ganz lieben Beiklang. Es klang nach Lehnstuhl und Rheumatismus und Altersschwäche. Nun, so weit war's aber, gottlob, noch nicht. Den wollte er sehen, der in der Wirtschaft besser seinen Mann stand als er. Zur Taufe, wie Tilde und der Schwiegersohn es wünschten, würde er nicht reisen können der Heuernte wegen, aber im Herbst, wenn alles unter Dach und Fach war, wollte er kommen und sich das Wurm, das natürlich ein Wunderkind war, ansehen.

Aber als der Herbstwind über die Stoppelfelder ging, dachte schon längst niemand mehr an Vergnügungsreisen. Der Krieg war gekommen und hatte die Welt so von Grund auf verändert, daß kaum noch ein Zurechtfinden war. Und in seinem Gefolge gingen das Wildeste, das Erhabenste und das Furchtbarste, das die Welt gesehen hatte. Um nur Platz im Hirne dafür zu schaffen, mußte man wohl oder übel den ganzen Friedens-Alltagskram hinaustun. Die Menschen vergaßen, was sie bis dahin gewollt und erstrebt hatten, über ganz anderen Wünschen und Zielen, und jeder konnte das Maß der eigenen Veränderung am besten an der des Nächsten erkennen. Auch Christoph Utermöhls Welt, die bis dahin sehr eng gewesen war, weitete sich. Seine Gedanken, die nur auf seinen Feldern daheim gewesen, hatten auf einmal die ganze Welt zum Tummelplatz bekommen. Herrgott, was war es für 'ne Zeit!

Aus allen Häusern seiner Bekanntschaft zogen sie fort. Der Karenthiner gab zwei Söhne her, der Pastor drei, der Oberförster einen und zwei Schwiegersöhne; der Drusenower zog selbst aus mitsamt seinem siebzehnjährigen Ältesten. Unaussprechlich war's, was so in Stolz und Jammer durch die Herzen zitterte, daher redete man gar nicht erst viel davon. Das machte man am besten in stiller Nacht mit seinem Herrgott allein ab. Wenigstens die Männer dachten so.

„Ihr Bernhard kommt natürlich auch gleich mit hinaus," bemerkte der Oberförster zu Christoph Utermöhl.

„Das wird wohl so sein," sagte Christoph Utermöhl gelassen, aber er fühlte wieder den Ruck am Herzen, den er am ersten Mobilmachungstag gefühlt hatte. Der Junge mußte mit. Natürlich mußte er. Ihm selbst war Anno Siebzig noch in sehr lebendiger Erinnerung. Er hatte mit vor Orleans gestanden und einen Streifschuß davongetragen. Aber der Kindskopf, im tiefen Frieden geboren und erzogen, was wußte der vom Krieg? Der ahnte sicher nicht einmal, was man für so einen Feldzug in den Tornister packt.

Ein paar Minuten lang war er ganz im Bann einer wunderlichen Aufregung, die ihm hundert halbverstandene Dinge zuraunen, ihn antreiben und forttreiben wollte; wohin? Aber dann hatte er sich wieder in der Hand, ganz fest und hart.

Warum quälte er sich um einen, der sich selbstherrlich der väterlichen Fürsorge entzogen hatte? Solch junges Herrchen fragte ja den Deubel nach Vatersegen und Vatersorgen.

(Fortsetzung folgt.)

des Innern durch Verfügung vom 15. August den Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte nebst allen seinen Unterausschüssen, darunter auch den Fünfzehnerausschuß von Groß-Berlin, verboten habe. Unter Umgehung des Verbots ist als Fortsetzung des Fünfzehnerausschusses von kommunistischer Seite eine Neuorganisation unter dem Namen „der oppositionelle Ausschuß der freigewerkschaftlichen Betriebsräte Groß-Berlins“ geschaffen worden. Dieser Ortsausschuß ist aber diejenige Instanz, die den Betriebsrätekongreß Berlin-Brandenburg einberufen hat. Hinzu kommt, daß nach verschiedenen Äußerungen der „Roten Fahne“ dieser Kongreß sich in durchaus staatsfeindlichem Sinne betätigen wollte.

Die Stimmung in Sachsen.

Der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner läßt durch die Staatskanzlei eine amtliche Mitteilung verbreiten, die sich in scharfen Ausdrücken gegen die Berliner Regierung, besonders gegen den Reichswehrminister Dr. Geßler, wendet und beschleunigten Personen- und Systemwechsel fordert.

Am Sonntag hielten unter vollster Billigung der sächsischen Sowjetregierung, in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Zeigner und unter Teilnahme von Regierungsvertretern die sozialdemokratischen und kommunistischen „Selbstschutz-Organisationen“ auf der Dresdener Vogelwiese ihren seit Wochen vorbereiteten Generalappell ab. Kommunisten und Sozialdemokraten übten unter dem Kommando des „Generalissimus“ des Selbstschutzes, Stadtbaurats Sierks aus Dresden. Nach etwa zweistündigem Exerzieren hielt Sierks eine Rede, in der er u. a. wörtlich erklärte:

„Genossen! Es wird Großes von Euch verlangt. Schon die allernächsten Tage werden zeigen, ob die Republik zu retten ist oder nicht. Wenn die Behauptung Stresemanns zu Recht besteht, daß das jetzige Kabinett der letzte Pfeil im Köcher des Reiches ist und dieser Pfeil verschossen ist, dann kommt das Chaos und damit die Diktatur von rechts oder links. Wir sind dazu da, die Diktatur von links zu schützen. Wir sind leider nur 8000 Mann, aber wenn nicht bald große Massen von Arbeitern sich uns anschließen, stehe ich nicht an, hier zu erklären, daß wir sie dann mit allen Mitteln aus den Wohnungen herholen, nötigenfalls mit Gewalt. (Stürmisches Bravo!) Es verbleibt den Arbeitern nur noch ganz kurze Zeit, sich freiwillig zu melden. Vielleicht werden sie schon bald dazu kommen, wenn die Hittler-Banden sie dazu zwingen. Ich muß diesem zuvorkommen.“

Zwei Schritte vom Redner entfernt standen Vertreter der gegenwärtigen sächsischen Staatsgewalt, Polizeipräsident Menke und Regiersungsrat Lotze, die in den lebhaften Beifall mit einstimmten.

Die sterbende deutsche Mark.

Das Notgeld der deutschen Reichsbahn.

Aus Berlin wird gemeldet: Infolge der Einführung des allgemeinen Notgeldes der deutschen Reichsbahn hat der Reichsverkehrsminister Anweisung gegeben, die weitere Ausgabe von Gutscheinen durch die einzelnen Reichsbahndirektionen schon jetzt nach Möglichkeiten einzuschränken. Im Umlauf befindliche Gutscheine werden an den Kassen eingelöst und nicht verausgabt, so daß in Kürze nur noch einheitliches Notgeld der deutschen Reichsbahn umläuft. Außer den bisher ausgegebenen 1-, 2- und 5-Millionen-Notgeldscheinen ist die Ausgabe eines Notgeldscheines von 10 Millionen Mark vorbereitet, der jedoch nur zur Ausgabe kommen soll, wenn die Bargeldmittelnot noch längere Zeit anhält. Die Scheine zu 1 Million tragen die Unterschrift des Reichsverkehrsministers Groener, die anderen Scheine jedoch bereits die des Reichsverkehrsministers Oeser.

Die neuen Straßenbahnfahrpreise in Berlin.

Zur Ermöglichung einer Weiterführung des Berliner Straßenbahnverkehrs ist dort eine neue Straßenbahngesellschaft gegründet worden, die, nachdem am letzten Sonntag der Straßenbahnverkehr völlig geruht hatte, seit Montag die Wagen auf einem Teil der Strecken wieder laufen läßt. Die von der neuen Gesellschaft zunächst beschlossenen Preise betragen **350 000 Mark** für eine einfache Fahrt, **400 000 Mark** für einen Umsteigefahrschein. Eine Monatskarte für eine Linie kostet jetzt **28 Millionen**, eine Monatskarte für zwei Linien **32 Millionen**, eine Monatskarte für drei Linien **40 Millionen**, für alle Linien **80 Millionen**.

Berliner Milchpreise.

Ein Liter Vollmilch kostet in Berlin seit dem 10. September **1 260 000 Mark**, ein Liter Magermilch **440 000 Mark**.

Die gestern gemeldeten Brotpreise

sind schon wieder überholt. Jetzt kostet in Berlin das markenfreie Brot **drei Millionen** Mark, die Schrippe 150 000 Mark, Hörnchen usw. 250 000 Mark.

Der Streit um Fiume.

Der politische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Dem 15. September, dem Tage, an welchem das von Mussolini an Serbien wegen der Fiumer Frage gerichtete Ultimatum abläuft, werde in britischen und alliierten Kreisen mit einiger Besorgnis entgegengesehen. Belgrad habe das Ultimatum verworfen, und es sei unsicher, ob Italien einer schiedsrichterlichen Entscheidung der Schweiz zustimmen werde. Diplomatische Beobachter in Rom drückten die Befürchtung aus, daß Italien eine Annexion Fiumes in Aussicht nehme. Sie machten geltend, daß die militärischen Vorbereitungen die einer nur zeitweisen Besetzung Korfus weit überschritten.

Frankreich an der Seite Südslawiens?

Aus Paris wird gemeldet: Der Umstand, daß der französische Marschall Franchet d'Esperay am Sonnabend gleichzeitig mit Pasitsch nach Südslawien abgereist ist, wird in Pariser diplomatischen Kreisen als ein deutlicher Wink an die Adresse Italiens aufgefaßt dahin, daß Frankreich in der Fiumefrage an die Seite Südslawiens treten würde, sofern Italien einen Vorstoß in der Fiumefrage unternehmen sollte. In Pariser unterrichteten Kreisen wird versichert, Poincaré habe die italienische Regierung darüber unzweideutig aufgeklärt.

Die italienische Meinung.

In politischen Kreisen Italiens ist man über die Möglichkeit der Ablehnung der Ratifizierung des Fiumevertrages durch Südslawien innerhalb der gesetzten Frist nicht beunruhigt und erinnert daran, daß eine Ablehnung durch Südslawien den Italienern die Freiheit des Handelns zurückgeben würde. In Rom ist man der Meinung, daß Südslawien, wenn es auf eine Verschärfung des griechisch-italienischen Konflikts rechne und dabei an die Schwäche der früheren italienischen Regierungen denke, einen Fehler begehe.

Sowjetrußland.

Um die Wrangel-Insel.

Aus Moskau wird gemeldet: Der Vertreter des Leiters der englischen Handelsmission übergab dem Volkskommissariat des Auswärtigen eine Note, in der erklärt wird, daß die britische Expedition auf die Wrangel-Insel nur ein Privatunternehmen sei, um nach der früher dort untergegangenen Crawford-Expedition zu forschen. In einer Antwortnote nimmt das Außenkommissariat die englische Erklärung zur Kenntnis und erklärt seinerzeits, daß Forschungs- oder Rettungsexpeditionen auf russischem Gebiet keinen Hindernissen begegnen würden, wenn sie den in Frage kommenden Behörden rechtzeitig angemeldet würden.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 11. September.

Ein Posener Eingemeindungsprojekt.

Das Eingemeindungsprojekt, das in der ersten Stadtverordnetensitzung nach den Sommerferien zur Sprache kommen soll, umfaßt folgende 18 Gemeinden, die in den Kreisen Posen-West und Posen-Ost liegen: Główno mit 6764 Einwohnern, Golenschin Gutsbezirk mit 510, Chartowo mit 289, Commenderie mit 345, Naramowice Gutsbezirk mit 281, Gemeinde mit 570, Solatsch Gutsbezirk mit 457, Luisenhain mit 2162, Rataj mit 1397, Winiary mit 4217, Zegrze mit 2159, Dembsen mit 1216, Fabianowo mit 837, Junikowo mit 859, Kotowo mit 553, Lawica mit 757, Luban mit 912, Swierczewo mit 161, Zabikowo mit 1935 Einwohnern. Im ganzen handelt es sich um ein Gebiet von 91 Quadratkilometern mit 26 381 Einwohnern. Der Magistrat begründet seinen Antrag der Eingemeindung folgendermaßen:

1. Posen ist die dichtestbevölkerte Stadt im Westen Polens. Während in Thorn auf ein Quadratkilometer 1093 Einwohner kommen, in Bromberg 1237, in Graudenz 1691, in Krakau 2866, in Bielsk 3963, kommen in Posen auf das Quadratkilometer 4994 Einwohner. Die Bevölkerungsdichte Posens erklärt sich dadurch, daß die preußische Regierung aus Gründen der Nationalitätenpolitik keine Vorstadtgemeinden der Gemeinde Posen eingegliedert hat. Nach der geplanten Eingliederung der 18 genannten Gemeinden würde Posen 208 317 Einwohner zählen, die sich auf 128 Quadratkilometer verteilen würden. Auf einen Quadratkilometer kämen dann 1627 Einwohner. 2. Die jetzige Bevölkerungsdichte übt eine schädliche Wirkung auf die hygienischen Verhältnisse aus. Posen wies zur Kriegszeit eine zu große Sterblichkeit von Säuglingen auf. 3. Infolge der Übervölkerung entstehen im Bereich der Stadt keine neuen Industrieanlagen; sie entstehen auf dem Gebiet der Nachbargemeinden. Die Stadt kann nicht einmal städtische Anlagen auf eigenem Gebiete bauen. Neue Wasseranlagen baut sie auf dem Gebiet von Dembsen, ein neues Elektrizitätswerk in Winiary. Die Stadt Posen erwirbt gegenwärtig Gelände für ihre Bedürfnisse bereits vorwiegend in den Nachbargemeinden. So besitzt sie in Główno 18 Hektar, in Luban 40 Hektar, in Dembsen 103, in Luban 40, in Lawica 12 Hektar. Die Gemeinde, deren Eingliederung beantragt wird, werden also immer mehr zu Vorstadtkolonien. Industriegebäude und Wohnhäuser werden in diesen Gemeinden ohne einen die Gesamtheit der baulichen, hygienischen und der Verkehrsinteressen Posens umfassenden Plan gebaut, was nach einigen Jahren ein planmäßiges Wachstum der Stadt hemmen könnte. Die Wege in den Vorstadtgemeinden befinden sich sehr häufig in beklagenswertem Zustande. Die Viehschlachtung geht dort ohne gebührende Kontrolle vor sich. 4. Die Stadt unterhält auf eigene Kosten verschiedene Fachschulen, eine Handelsschule, andere Lehranstalten, Krankenhäuser, Feuerwehr usw. Die Bewohner der Vorstadtgemeinden haben einstweilen nicht das Recht, sich all diese Einrichtungen zu nutze zu machen. Das würde nach der Erweiterung der Stadt anders werden. 5. Im Falle von Arbeitslosigkeit sorgen die Stadtorgane dafür, daß vor allem die in der Stadt wohnenden Arbeiter Beschäftigung finden. Die Folge davon ist, daß bei Arbeitslosigkeit zwar bis dahin in Posen beschäftigte, aber in den Vorstadtgemeinden wohnende Arbeiter arbeitslos werden. 6. Das Kanalisations- und Wasserleitungsnetz, sowie das Gas- und Elektrizitätsbeleuchtungsnetz würde sich nach Möglichkeit auf die betreffenden Gemeinden ausdehnen, was in gesundheitlicher Hinsicht und im Hinblick auf größere Feuersicherheit ungeheuer wichtig wäre. Außerdem würde es Handwerkern und Kleinbauern die Benutzung von Gas- und elektrischer Kraft ermöglichen. 7. Durch die Zusammenfassung der Kreise werden viele Beamte und ein großes Landratsgebäude erspart, in dem für ein anderes Amt Platz würde.

Polnischer Städteverband.

Am Sonnabend und Sonntag tagte in Kattowitz der 7. Kongreß des polnischen Städteverbandes.

Nach Eröffnung der Vollsitzung durch Dr. Zawadzki und der Wahl des Präsidiums (Stadtpräsident von Warschau, Jabłoński, Stadtpräsident von Krakau, Federowicz, Stadtpräsident von Posen, Ratajski, Vizepräsident von Lemberg, Chlamtacz, und Abg. Dr. Bobrowski) wurden eine Reihe von Begrüßungsansprachen gehalten. Es sprachen u. a. der schlesische Sejmmarschall Wolny und der Abg. Korfanty. Nach Verlesung von Depeschen (darunter war eine vom Staatspräsidenten, vom Senatsmarschall Trampczyński und dem Posener Wojewoden) wurde auf Antrag Dr. Zawadzkis beschlossen, an die japanische Gesandtschaft in Warschau eine Beileidsdepesche zu senden. Darauf wurden Ausschußwahlen vollzogen. Um 3 Uhr nachmittags begannen Beratungen der Sektion für Rechts- und Verwaltungsfragen, der Finanzhaushaltssektion, der Sektion für Kultusfragen, der Sanitäts- und Wohlfahrtssektion und der Sektion für den Wiederaufbau der Städte. Zu dem Kongreß waren ungefähr 500 Delegierte und Gäste erschienen. Um 8 Uhr abends fand im Theater eine Vorführung von „Kosciuszko pod Racławicami“ und um 11 Uhr ein Gesellschaftsabend statt, der vom schlesischen Sejm veranstaltet wurde. Am Sonntag abend wurde der Kongreß, nachdem vorher weiter Sektionsberatungen und Vollberatungen stattgefunden hatten, geschlossen. Die Kongreßteilnehmer unternahmen am Montag vormittag einen Ausflug nach den Gruben und Hütten von Königshütte und Sosnowiec.

Der nächste Städtekongreß soll in Lodz stattfinden.

✕ Die Stadtverordnetenversammlung tritt morgen, Mittwoch, nach zweimonatiger Ruhepause, die von einer außerordentlichen Sitzung unterbrochen war, wieder zusammen. Die Tagesordnung der ersten Sitzung nach den Ferien umfaßt 21 Punkte, von denen die meisten Punkte von geringerer Bedeutung sind. Die wichtigsten betreffen die Erhöhung der Arbeiterlöhne, die Nachbewilligung von Krediten zur Deckung der den städtischen Beamten und Angestellten ausgezahlten 58- und 32-prozentigen Zulagen, die Erhöhung des Gebührentarifs für außerordentliche Arbeiten der Feuerwehr, die Beschließung der Eingemeindung von 18 Gemeinden der Kreise Posen-Ost und Posen-West und die Errichtung eines städtischen Kinderheims im Schloß von Naramowice.

✕ Der Wojewode Graf Bniński hat sich heut, Dienstag, zum Besuch nach Bromberg begeben, wo er bis einschl. morgen, Mittwoch, zu verweilen gedenkt.

Domherr Robert Weimann hat, wie die polnische Presse gleichzeitig meldet, auf seinen Posten bei der hiesigen Kathedrale verzichtet. Zu seinem Nachfolger ernannte der Kardinal-Erzbischof Dr. Dalbor seinen langjährigen Hofkaplan Tadeusz v. Zakrzewski.

Gedächtnisfeier. Am Freitag, dem 14. d. Mts., früh 8½ Uhr, an seinem Todestage, der sich zum zweiten Male jährt, findet für den ersten polnischen Stadtpräsidenten von Posen Jarogniew v. Drwęski, in der Pfarrkirche ein Trauergottesdienst statt.

Das amerikanische Konsulat in Warschau hat, wie die „Gazeta Warszawska“ erfährt, anfangs September mit der Austeilung von Paßvisen zur Einreise nach Amerika auch an solche Personen begonnen, die nicht in irgendwelche besonderen Kategorien einzureihen sind. Bekanntlich wurden bisher Sichtvermerke nur solchen Personen ausgestellt, die nahe Anverwandte in Amerika aufzuweisen hatten.

Polizeiliche Lebensmittelkontrolle. Im August fanden an 112 Stellen Milchrevisionen statt. 24 Milchproben wurden als fälschungsverdächtig einer chemischen Untersuchung unterworfen, außerdem 6 Limonadenproben. Aus Gründen der Sauberkeit und Gesundheit wurden einer Revision unterzogen: 1103 Fleischverkaufsstellen, 42 Fleischerwerkstätten, 92 Fischverkaufsstellen, 84 Lebensmittelgeschäfte, 22 Konditoreien und Kaffeehäuser, 48 Gastwirtschaften, 18 Destillationen, 14 Molkereien, 43 Friseurgeschäfte und 62 Bäckereien. Auf Grund dieser Besichtigungen wurden Strafanträge gegen 8 Milchhändler gestellt. Ferner wurde die Bestrafung von 3 Ladeninhabern wegen Nichtkenntlichmachung der Preise und von 2 Bäckern wegen Nichtauswiegens des Brotes beantragt. 344 Liter Milch und 249 Limonaden wurden mit Beschlag belegt.

Großes Theater. Heute, Dienstag: „Die schöne Helena“. Mittwoch: „Traviata“ (mit Frl. Bandrowska und Herrn Czarnecki in den Hauptrollen). Donnerstag: „Faust“. Freitag: „Carmen“. Sonnabend: erste Aufführung von d'Alberts „Die toten Augen.“

✕ Der Vorstand der Posener Bäckerinnung antwortet auf die Bekanntmachung über das billigere Brot, das von verschiedenen Kooperativen und Privatfirmen verkauft werden soll, in den „Depesze Poranne“ folgendes:

Die in der Bekanntmachung aufgeführten Kooperativen erhalten um ungefähr 200 000 M. für 100 Kilo Kilo billigeres Mehl, außerdem einen zinsfreien Kredit für die Zeit eines Monats. Solche Vergünstigungen erlangen die Kooperativen, die vom Hauptlebensmittelamt privilegiert werden, natürlich auf Anregung des Teuerungskommissars Dr. Bajda. Trotz eifriger Bemühungen der Posener Bäckerinnung hat man unseren Bäckern solche Vergünstigungen glatt versagt. Die Posener Bäckerinnung stellt demgegenüber fest: Wenn die Bäckerinnung unter Vermittlung der Spółdzielnia Piekarska, die ungefähr 100 Mitglieder, selbständige Bäcker, versorgt, unter denselben Bedingungen Mehl erhalten würde, wie die privilegierten Kooperativen, dann könnte sie das Brot nicht nur zu dem von den Kooperativen veröffentlichten Preise, sondern sogar zu billigeren Preisen verkaufen. Die stiefmütterliche Behandlung gleicher Bürger ist ein doppeltes Unrecht, da solche Vergünstigungen nur auf Kosten des anderen Teiles der Bürgerschaft durchgeführt werden können.

✕ Polizeilich festgenommen wurden gestern fünf Dirnen, zwei wegen Unzuchtsverdachts und zwei Betrunkene.

p. **Birnbaum,** 11. September. (Privattelegramm.) Heut nacht verübten zwei Einbrecher in Schrodke in dem Schlosse des bekannten Rittergutsbesitzers von Seydlitz einen Einbruch. Sie wurden jedoch von dem Besitzer überrascht und setzten sich nun in der Weise zur Wehr, daß sie auf ihn eine Anzahl von Schüssen abgaben, von denen einer einen Arm, ein anderer einen Oberschenkel und ein dritter ein Bein trafen. Die Verletzungen sind zwar sehr schwer, jedoch nicht lebensgefährlich. Die verwegenen Räuber sind unter Mitnahme einer silbernen Zigarettendose entkommen.

hm. **Buk**, 10. September. Seit dem 15. Juni d. J. war das hiesige Elektrizitätswerk, das sich im Besitze des Dampfsägewerksinhabers Korabiowski befindet, infolge großer Maschinendefekte außer Betrieb. Die staatlichen und städtischen Bureaus, sowie die Privathaushaltungen waren infolgedessen bezüglich der Beleuchtung in ärgster Verlegenheit. Auch die Straßenbeleuchtung war gänzlich ausgeschaltet, wodurch dem lichtscheuen Gesindel die beste Gelegenheit zu Einbrüchen geboten war. Seit voriger Woche ist das Werk wieder in Ordnung und gibt wieder elektrischen Lichtstrom ab. Auch das Dampfsägewerk hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen.

p. **Schrimm,** 10. September. Am 5. d. Mts. entstand in Josefowo hiesigen Kreises auf dem Tadeusz Kopfschen Besitztum beim Dreschen mit der Dampfmaschine ein Großfeuer, durch das eine 42 Meter lange Scheune, samt 987 Ztr. Getreide, ein Kalb, eine Säemaschine, eine Dreschmaschine, drei Arbeitswagen, eine Kartoffelrodemaschine und andere Sachen ein Raub der Flammen wurden. Der Brandschaden beziffert sich auf viele hundert Millionen.

Börsen.

Kurse der Posener Börse.

	11. September	10. September
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VII. Em.	—,—	15 000—14 000
Bank Przemysłowców I. Em. . .	—,—	17 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	52 000	60 000—50 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. .	4750—4500	4750—4500
Bank Młynarzy	—,—	10 000
Industrieaktien:		
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em. .	14 000	—,—
R. Barcikowski I.—VI. Em. . . .	14 000	14 000
H. Cegielski I.—IX. Em.	15 000—14 000	15 500—15 000
Centrala Rolników I.—IV. Em. .	4000	5000—5100
Centrala Skór I.—V. Em.	27 500—27 000	28 000
C. Hartwig I.—VI. Em.	7000	7500
Hurtownia Skór I.—III. Em. . .	—,—	15 000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. . . .	60 000	—,—
Iskra I.—III. Em.	52 000—50 000	53 000
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	750 000	800 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. . .	475 000-460 000	460 000
Pneumatik I.—III. Em.	4500—4000	4500
Płótno I.—II. Em.	24 000	24 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—IV. Em.	7000 – 8000	11 000
Patria I.—VIII. Em.	—,—	17 500—17 000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. Em.	36 000—38 000	38 000—36 000
„Unja“ (früher Bentzki) I. u. III. Em.	90 000—82 500 —92 500	—,—
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. . .	40 000 – 25 000	—,—
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em. . .	—,—	—,—
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	7000	7000
Zjedn. Browar. Grodziskie (o. Bezugsr.	27 500—28 000	26 000—27 500

Tendenz: schwach.

Warschauer Vorbörse vom 11. September.

Deutsche Mark in Warschau	0,004
Dollar in Warschau	245 500 Geld, 248 000 Brief
Englische Pfund in Warschau . .	1 130 000
Schweizer Franken in Warschau . .	44 800
Französischer Franken in Warschau	14 000

Warschauer Börse vom 10. September.

Devisen:

Belgien	11 450	Paris	13 900
Berlin und Danzig	0.005	Prag	7 440
London	1 129 000	Schweiz	44 900
Neuyork	249 000	Wien	3.53
Holland	98 250	Italien	10 750

Berliner Börsenbericht

vom 10. September.

Disk.-Komm.-Anl.	160 000 000.—	Polnische Noten	18 000.—
Danz. Priv.-Aktienb.	100 000 000.—	Auszahlung Holland	20 000 000.—
Hartmann Masch.-Akt. . .	—.—	„ London	230 000 000.—
Phönix	—.—	„ Neuyork	50 700 000.—
Schuckert	—.—	„ Paris . .	2 856 000.—
Hapag	—.—	„ Schweiz .	9 100 000.—
3½% Pos. Pfandbriefe	—.—	Ungarische Goldrente . .	—.—
Auszahlung Warschau	—.—		

Danziger Frühkurse vom 11. September.

Die polnische Mark in Danzig	17 000
Der Dollar in Danzig	48 000 000

Handel und Wirtschaft.

Handel.

♂ **Buchhändlerschlüsselzahl.** Die Buchhändlerschlüsselzahl für Bücher, die in Polen erzeugt werden, beträgt 28 000, für Bücher, die in Deutschland hergestellt werden und nach Polen kommen, 50 000. Die Buchhändlerschlüsselzahl ist in Deutschland auf 3 000 000 festgesetzt.

♂ **Vom Posener Getreidemarkt.** In letzter Zeit haben die Getreidepreise nachgeben müssen. Der Erfolg war, daß die Landwirte kein Getreide verkaufen. Im Kreise Argenau ist sogar von verschiedenen Mühlen und Getreidehändlern den Landwirten ein Preis geboten worden, der weit unter der Notierung der Posener Getreidebörse steht. (Es wird uns mitgeteilt, daß man für den Zentner Roggen 90 000 M. geboten hat. Wie oft dies geschehen ist, konnte leider nicht nachgeprüft werden. Die Red.)

♂ **Der Windauer Getreideelevator** wird voraussichtlich auf 50 Jahre an die russische Sowjetregierung bzw. das Kommissariat für Verkehrswesen verpachtet werden, wenn Rußland die Instandsetzungskosten übernimmt.

Von den Aktiengesellschaften.

„Konfektia Damska" T. A in Posen. Die Generalversammlung findet am 11. Oktober 1923, nachmittags 4 Uhr, im Sitzungssaale der Bank Handlowy in Posen, Plac Wolności 8/9, statt. Die Aktionäre müssen sich durch Vorzeigung ihrer Depositenquittung bei der Generalversammlung ausweisen.

„Przechowo" T. A., Mühlen und Sägewerke in Przechowo. Die Generalversammlung findet am Sonnabend, dem 29. September 1923, nachm. 5 Uhr, in den Geschäftsräumen der Bank M. Stadthagen in Bromberg, ul. Jagielońska 64, statt. Auf der Tagesordnung stehen Statutenänderungen und eine Kapitalserhöhung.

„Fogtan" T. A., Fabrik galvanischer Elemente in Posen. Die Generalversammlung findet am 26. September 1923, vorm. 11 Uhr, in den Geschäftsräumen der Gesellschaft, ul. Weneciańska 5, statt. Eine Kapitalserhöhung ist geplant.

S. A. Rudak, Baugeschäft, T. A. in Posen. Die Generalversammlung findet am 6. Oktober 1923, mittags 12 Uhr, in den Geschäftsräumen der Bank Związku Spółek Zarobkowych, Aleje Marcinkowskiego 26, statt. Die Aktionäre müssen sich durch Depositenquittung ausweisen.

Bracia Nobel in Polen S. A. Die Gesellschaft gibt bekannt, daß die Ausgabe der jungen Aktien 6. Emission ab 15. September 1923 erfolgt. Zur Ausgabe berechtigt sind: das Bureau der Gesellschaft in Warschau, Al. Jerozolimskiego 57, die Filiale der Bank Związku Spółek Zarobkowych in Warschau, ul. Jasna 8, und die Bank Handlowy in Warschau, ul. Traugutta 9.

Von den Märkten.

Zucker. Danzig, 7. September. Die Tendenz ist abwartend Es notierte Jawa Nr. 25 24.4 Sh. Tschech. Kristall 24 Sh. Würfel loko 28.10 Sh.

Edelmetalle. Warschau, 7. September. (Freier Handel in 1000Mkp. pro Gr.) Gold 180—190, Platin 940—950, Silber 5.4, Rubelsilber 87. Neuyork, 7. September. Diskont 5. Silber ausländ. 63⅛. London, 7. September. Diskont 3⅛. Silber (bar) 31⁵/₁₆; Gold 91.2.

Metall. Berlin, 8. September. (In Millionen Mkd.) Raff. Kupfer 15—16; Orig.-Hüttenweichblei 6,225—6,75; Hüttenrohzink im freien Verkehr 7,5—8; Remelted 6—6,5; Zinn (Bank, Straits u. Austral.) 54—57; Hüttenzinn 50—53; Reinnickel 30—32; Antimon Regulus 6,5—7; Silberbarren 1050—1100. London, 8. 9. Standart Kupfer 64.6.3 (3 Monate) 65.1.3; Elektrolit 39.10; Standart Zinn 200.7.6 (3 Monate 201.11.3; Blei (bar 25.18.9 (3 Monate) 25.13.9; Zink (bar) 33.17.6 (3 Monate) 33.10; Antimon Regulus 34.15.

Getreide. Budapest, 7. September. (In 1000 ung. Kronen): Weizen 81 Roggen 52, Gerste 62,5, Hafer 58, Mais 69, Kleie 41. — Chikago, 7. September. Weizen 101,62; Mais 85; Hafer 37,37; Roggen 68,50. — Hamburg, 7. September. (In Millionen Mkd.) Weizen 75, Roggen 47—52, Hafer 50—55, Wintergerste 60, Sommergerste 64, Mais 66.

Börse.

‡ **Warschauer Börse** vom 10. September. Die heutige Börse war ziemlich lebhaft aber nicht ganz einheitlich Der Geldmangel, der in der Provinz besonders schwer ist. macht sich auch in Warschau immer deutlicher bemerkbar. Das Börsenbild zeigt ganz verschiedene Veränderungen. Von offiziellen Werten wurden notiert: Bank Diskontowy 1050—1125, Bank Związku Społek Zarob. 600—590, Bank Handlowy 1900—1800, Bank Małopolski 110, Częstocice 6000 bis 5800, Michałow 700—630, Cegielski 137.5—140, Starachowice 1125—1060. Tow. Fabr. Cukru 6800—11 000. Kop. Węgla 1200 bis 1190, Modrzejów 1675—1600, Ursus 250. Pocisk 230—205, Parowóz 115—116, Zieleniewski 1900, Żyrardów 55 000—52 500, Polska Nafta 110—105, Nobel 300—280, Czersk 410—415, Fitzner i Gamper 2500—2100, Spiritus 725—650, Chodorów 1210—1250, Przem. Naftowy 700, Ćmielów 225—220, Tepege 750, Strem 9250, Konopie 250—210.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik Dr. Wilhelm Loewenthal; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Die glückliche Geburt ihres

siebenten Jungen

zeigen in herzlicher Freude an

Ed. von Wendorff-Mühlburg u. Frau
Paula, geb. Büsing.

Mühlburg-Mielno, pow. Gniezno, den 8. September 1923.

Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag,	den 11. 9., „Die schöne Helena", Komische Oper von Offenbach.
Mittwoch,	den 12. 9., „Traviata", Oper von Verdi.
Donnerstag,	den 13. 9.: „Faust", Oper von Gounod.
Freitag,	den 14. 9.: „Carmen", Oper von Bizet.
Sonnabend,	den 15. 9.: „Die toten Augen", Oper von d'Albert. (Premiere.)
Sonntag,	den 16. 9.: „Die schöne Helena", Komische Oper von Offenbach.

Arbeitsmarkt